

# Syrisch-Kurdistan: Bürgerkrieg, Selbstverwaltung und Kampf um Frauenrechte

- 2 ■ Editorial
- 3 ■ Kolishina: Einsatz für Frauenrechte in Amûde
- 4 ■ „Die Frau muss sich selbst verteidigen und um ihre Rechte kämpfen!“
- 6 ■ Bürgerkrieg und prekäre Autonomie in Syrisch-Kurdistan
- 10 ■ PYD-Chef Salih Muslim sprach mit LeEZA in Wien
- 13 ■ Kommentar zur europäischen Flüchtlingspolitik
- 15 ■ Kurzmeldungen und Buchvorstellungen

### Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin: LeEZA  
Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit  
Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien. Post bitte an:  
Postfach 105, A-1181 Wien  
+43 (0)650 523 64 15  
info@leeza.at, www.leeza.at  
Redaktion: ebendort. Verlagsort: Wien  
Herstellerin: flyeralarm  
Herstellungsort: Wr. Neudorf  
Grafische Gestaltung: Lena Artaker  
Chefredakteurin: Alicia Allgauer  
Offenlegung nach §25 Mediengesetz:  
Das periodische Druckwerk LeEZA-Nachrichten ist zu 100 % im Eigentum des Vereins LeEZA, der zum Zeitpunkt dieser Offenlegung durch den Vorstand, S. Ahmad, A. Allgauer und M. Kreutzer, vertreten wird. Eine Beteiligung an weiteren Medienunternehmen besteht nicht. Grundlegende Ausrichtung: Information über die Arbeit des Vereins, politische und gesellschaftliche Entwicklungen mit Schwerpunkt Naher Osten, die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sowie Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich.

Coverfoto: Demonstration kurdischer Oppositioneller in Amûde im Januar 2013

### Spendenkonto:

Kto.nr.: 6.955.355  
BLZ: 32.000, Raiffeisen Landesbank NO  
IBAN: AT4432 0000 0006 955355  
BIC: (SWIFT) RLNWATWW



## Editorial

Im gerade vergangenen Jahr 2013 wurde LeEZA zehn Jahre alt. Wir haben nicht groß gefeiert, vielleicht weil uns inmitten der zerstörten Hoffnungen und der Bürgerkriege im Nahen Osten und speziell in Syrien gar nicht danach war. Doch untätig waren wir auch nicht, und wir freuen uns, Ihnen, liebe LeserInnen und UnterstützerInnen, in dieser 10. Ausgabe der LeEZA-Nachrichten einen Schwerpunkt zu Syrien präsentieren zu können. Wir fokussieren hier vor allem auf die Situation im mehrheitlich kurdisch besiedelten Norden des Landes, wo unsere Projektpartnerinnen vom Frauenzentrum Amüdê inmitten des Krieges die Situation speziell von Frauen und Kindern verbessern. Näheres dazu auf den nächsten Seiten. Zu lesen gibt es weiters einige einzigartige Interviews, Kommentare, Rezensionen und Kurzmeldungen zur gesellschaftlichen und aktuellen politischen Situation in Syrisch-Kurdistan. Sämtliche Fotos in dieser Ausgabe stammen von Thomas Schmidinger, die auf seiner Reise nach Amüdê im Jänner 2013 entstanden sind.

Besonders möchten wir Sie auch auf eine Neuerscheinung hinweisen, an der mehrere LeEZA-MitarbeiterInnen mitgewirkt haben: das allererste Wiener Jahrbuch für Kurdische Studien, welches im Herbst 2013 im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie / Europäisches Zentrum für kurdische Studien herausgegeben und vorgestellt wurde. Der Schwerpunkt der ersten Nummer lautet *Transnationalität und kurdische Diaspora in Österreich* und versammelt u. a. auch Beiträge von den LeEZA-Vorstandsmitgliedern Saya Ahmad, Ines Garnitschnig und



□ Die erste kurdische Nationalratsabgeordnete, Berivan Aslan, bei der Präsentation des Wiener Jahrbuchs für Kurdische Studien

Thomas Schmidinger. Das Jahrbuch soll in Zukunft einmal im Jahr erscheinen.

Bitte notieren Sie sich folgenden Termin: Am 8. Mai 2014 haben wir Gäste aus Kurdistan zu Besuch, die über die Situation von LGBTs (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) in der Türkei, speziell im Osten der Türkei, berichten werden: um 19.00 Uhr im Depot (Breitegasse 3, 1070 Wien). Öykü Sezer und Arif Ceyhan sind Aktivist\*innen von Hebün, über die wir in den letzten LeEZA-Nachrichten ausführlich berichtet haben. Besuchen Sie für nähere Informationen und um sicher zu gehen, dass sich am Termin bis dahin nichts geändert hat, bitte unsere Website unter [www.leeza.at](http://www.leeza.at).

Wie immer liegt ein Zahlschein bei: Wenn Sie das Frauenzentrum Amüdê oder die Aktivitäten von Hebün unterstützen wollen, dann nutzen Sie diese Gelegenheit! Wir bedanken uns dafür und hoffen, Sie am 8. Mai bei der Hebün-Veranstaltung begrüßen zu dürfen!

Mit solidarischen Grüßen,  
Mary Kreutzer (Obfrau)

Und?  
Wer schätzt Dei'  
Leistung?



Holen wir  
uns, was uns  
zusteht



[www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)



## ■ Projektbericht: Der Frauenverein Kolishina

Die Initiatorinnen des parteiunabhängigen Frauenvereins von Amûdê, Kolishina, haben sich 2012 im Zuge der Proteste gegen das syrische Regime und der Befreiung der kurdischen Gebiete Syriens in der Kleinstadt Amûdê zusammengefunden. Im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen vor Ort hat sich der Frauenverein bewusst überparteilich organisiert.

In Amûdê, einer Kleinstadt mit etwa 48.000 EinwohnerInnen, gab es schon vor dem Bürgerkrieg nur wenige Möglichkeiten für Frauen zu arbeiten und sich weiterzubilden, geschweige denn selbstständig zu leben und ein eigenes Einkommen zu haben. Damit sind Frauen abhängig von Ehemännern, Brüdern und Vätern und haben selten die Chance, sich aus schwierigen Familienkonstellationen zu lösen. Bei familiären Konflikten gibt es keine Institutionen, die Frauen unterstützen würden.

Durch den Krieg sind zusätzlich tausende Familien und alleinstehende Frauen als Intern Vertriebene nach Amûdê gekommen, die notdürftig bei Familien oder in leeren Schulgebäuden untergebracht wurden. Kolishina bietet nun mit der Unterstützung von Spendengeldern aus Österreich auch speziell für diese Frauen eine Anlaufstelle.

Inmitten der dramatischen Kriegs- und Versorgungssituation versucht der Verein, Frauen Zugang zu Bildung zu ermöglichen und sie handwerkliche und andere Fähigkeiten, die für die Ausübung eines Berufs nötig oder sinnvoll sind, in Form von Workshops zu lehren. Auch im Bürgerkrieg muss das Leben jener, die nicht ins sichere Ausland flüchten, irgendwie weitergehen. So unterstützt der Verein Frauen bei der Arbeitssuche, motiviert und stärkt sie. Der Kampf für Geschlechtergerechtigkeit wird von den Frauen nicht auf „nach

□ Die Aktivistinnen von Kolishina vor einem Raum, den sie bis vor Kurzem einmal in der Woche zwischennutzen konnten



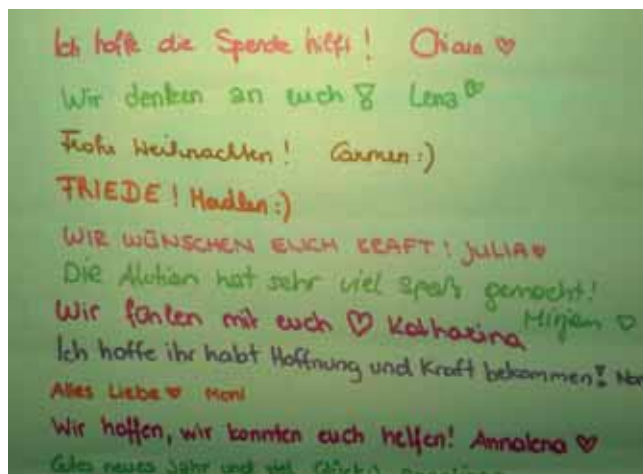
■ Mary Kreutzer (LeEZA) ist Politikwissenschaftlerin und Autorin und leitet das Team Missing Link der Caritas Wien, Asyl und Integration Niederösterreich.

dem Krieg“ verschoben, sondern wird durch Diskussionsrunden und Seminare im Verein thematisiert und forciert. Die Gesundheit von Frauen zu stärken und Wissen über den eigenen Körper zu vermitteln, ist ein weiterer Schwerpunkt auf der Agenda des Vereins. So wurden im vergangenen Jahr Workshops zu medizinischen, sozialen, kulturellen und politischen Themen durchgeführt, die ganz überwiegend von Frauen selbst abgehalten wurden. Frauen wurden zu Krankenschwestern und Friseurinnen ausgebildet. Ein spezieller Fokus lag zudem auf der Unterstützung von Frauen mit Kindern, die besonders unter den Folgen des Bürgerkriegs in Syrien leiden.

All diese Aktivitäten finden jedoch unter außerordentlich schwierigen Bedingungen statt. Die zunehmenden und teilweise eskalierenden innerkurdischen Spannungen zwischen den kurdischen Parteien, insbesondere seit Juni 2013, machen die Situation in der Stadt nicht leichter. Für von der herrschenden PYD (Partiya Yekitiya Demokrat – Partei der Demokratischen Union) unabhängige Gruppen und Initiativen hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 der Spielraum wieder verkleinert. Gerade für den Aufbau demokratischer Strukturen sind jedoch überparteiliche und unabhängige Initiativen wie Kolishina von enormer Bedeutung.

LeEZA hat mehrere Projektanträge für das Frauenzentrum bei diversen FördergeberInnen eingereicht – noch ohne Erfolg. Jedoch konnte durch Spenden von Privatpersonen und Spendensammlungen der Welser Initiative gegen Faschismus sowie der HLW Rankweil/Vorarlberg bereits Geld für den Frauenverein überwiesen werden. Wir rufen hiermit nochmals unsere LeserInnen, die für Syrien spenden wollen, auf, dies unter dem Verwendungszweck „Syrien“ an uns zu tun – Erlagschein anbei. Vielen herzlichen Dank!

□ Plakat von Schülerinnen der HLW Rankweil für das Frauenzentrum



## ■ „Die Frau muss sich selbst verteidigen und um ihre Rechte kämpfen!“

LeEZA hat Mitarbeiterinnen des Frauenvereins Kolishina in Amûdê getroffen

### Wann habt ihr den Verein gegründet?

Unsere Aktivitäten haben einige Jahre vor der Revolution 2011 begonnen. Zuerst haben wir an den Demonstrationen teilgenommen, wir wollten wirklich mitwirken und mitentscheiden. Anfangs waren wir nur ein paar Frauen. Wir hatten große Angst und haben uns verdeckt gehalten, weil die Sicherheitslage noch so schlecht war. Mit der Zeit hat sich die Lage verbessert, es sind ein paar Frauen mehr geworden und wir haben uns langsam zu einem Frauenverein hier in Amûdê entwickelt. Er hieß zunächst *Komela Jinên Kurd li Amûdê* – Verein der kurdischen Frauen in Amûdê, aber bei der letzten Konferenz haben wir ihn in Kolishina umbenannt, denn der Verein soll nicht nur Kurdinnen offenstehen.

### Was sind die Schwerpunkte eurer Arbeit?

Wir machen schon länger unterschiedliche Projekte. Zum Beispiel geben wir Seminare über die Rolle von Frauen in unserer Gesellschaft. Jetzt kann man offen darüber reden, weil wir eben diesen Freiraum haben. Freiraum heißt keine Polizei, keine Sicherheitskräfte – damals war es geheim, es war verboten vom syrischen Regime.

### Was sind eure Forderungen bei den Demonstrationen?

Eine unserer Hauptforderungen ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der syrischen Verfassung. Wir stellen also politische Forderungen und gleichzeitig machen wir Aufklärungs- und Bewusstseinsbildungsarbeit für Frauen in Form von Seminaren.

### Welche Themen werden in diesen Seminaren behandelt?

Wir arbeiten zu unterschiedlichen Fragen, die die Stellung der Frau betreffen. Einerseits haben wir Seminare zum Thema

- Bei einem Workshop über gewaltfreien Widerstand, Jänner 2014



■ *Soma Ahmad hat Politikwissenschaft und Arabistik studiert und ist Vorstandsmitglied von LeEZA.*

■ *Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler, Lektor an der Universität Wien und der Fachhochschule Vorarlberg sowie Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie/Europäisches Zentrum für kurdische Studien und Vorstandsmitglied von LeEZA.*

Frauenunterdrückung gehalten, andererseits befassen wir uns mit rechtlichen Aspekten, wie zum Beispiel Gleichberechtigung in der syrischen Verfassung. Wir beleuchten auch die politische Seite: In den kurdischen Parteien gibt es nur 5 % Frauen und 95 % Männer. Es gibt auch nur Obmänner und keine Obfrauen. Welche Rolle spielt hier die Frau in der Politik? Nur bei der PYD ist die Situation ein bisschen besser.

### Warum ist es bei allen Parteien so, außer bei der PYD?

Unsere Gesellschaft ist eine männliche Gesellschaft. Bis jetzt haben unsere Politiker, die Männer, noch nicht akzeptiert, dass Frauen mitmachen können oder mitmachen dürfen. Es ist eine geschlossene Gesellschaft. Bei der PYD ist es ein bisschen besser, weil sie Frauen unterstützt haben, mitzumachen. Dadurch hatten die Frauen auch weniger Angst vor den Sicherheitskräften. Wenn wir etwas gemacht haben, hätte es sofort zur Verfolgung seitens des Regimes kommen können.

### Mit den feministischen Positionen der PYD hat das nichts zu tun?

Natürlich spielt das eine große Rolle. Die PYD weiß, wie wichtig die Rolle der Frau in der Gesellschaft ist, und darum hat sie mehr Interesse daran, dass auch die Frauen mitmachen, nicht nur die Männer.

### Ist das Geschlechterthema bei anderen kurdischen Parteien angekommen? Gibt es Frauenprogramme von den anderen kurdischen Parteien?

Die Frauen spielen deshalb keine Rolle in den Parteien, weil die Parteien selbst diese Möglichkeit nicht gegeben haben. Darum haben die Frauen Abstand davon genommen, mitzumachen. Darum sind auch viele Frauen zu diesem Verein gekommen, als er gegründet wurde. Die Frau muss sich selbst verteidigen und um ihre Rechte kämpfen.

### Seid ihr ein parteiunabhängiger Verein?

Wir sind ein unabhängiger Verein. Einige von uns sind bei verschiedenen Parteien aktiv, andere völlig parteiunabhängig. Wenn sich eine Partei stärker für die kurdische Bevölkerung einsetzt, dann unterstützen wir sie darin natürlich. Wir sind auch Kurdinnen und Teil der kurdischen Bevölkerung, das ist eine natürliche Verbindung. Aber das heißt trotzdem nicht, dass wir zu einer bestimmten Partei gehören. Wir haben uns deshalb gegründet, weil wir überparteilich um unsere Rechte kämpfen.

### Welche Probleme stellen sich hier den Frauen?

Das erste Problem ist, dass wir hier eine männliche Gesellschaft sind. Ein zehnjähriger Bruder kann der zwanzigjährigen



□ Die Facebook-Seite von Kolishina, noch unter ihrem alten Namen Komela Jinên Kurd li Amûdê

Schwester noch immer Befehle erteilen. Auch als Ehefrau musst du das machen, was der Mann sagt. Der zweite Punkt ist, dass die Frauen finanziell abhängig vom Mann sind, weil sie nicht arbeiten. Die Frau kann dadurch ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen nicht ausleben, weil sie auf das Geld des Mannes angewiesen ist. Auch Religion und Kultur spielen eine Rolle. Eine Frau darf zum Beispiel nicht „nein“ sagen. Wenn jemand sie heiraten will und der Vater oder der Bruder einverstanden ist, dann gilt die Verlobung auch ohne ihr Zustimmung.

#### Habt ihr UnterstützerInnen für eure Anliegen?

Unsere Gesellschaft ist noch immer nicht bereit, Frauen als gleichberechtigt zu akzeptieren. Es ist auch schon so weit, dass Frauen anderen Frauen den Weg versperren. Wenn wir unsere Rechte verlangen, sagen andere: „Nein, das geht nicht. Wir sind Frauen. Wir müssen so bleiben, wie wir sind.“ Es wird sogar die Frau von der Frau unterdrückt. Es ist aber auch wichtig, dass die Männer die Rolle der Frau erkennen. Die mangelnde Unterstützung der Männer ist einer der Gründe, warum Frauen keine großen Schritte machen. Sie muss als Mensch betrachtet werden, sie hat Rechte und sie ist auch fähig, etwas zu bewirken. Darum muss es auch Seminare für Männer geben. Der Mann muss an sich selbst arbeiten und lernen, die Frau zu unterstützen.

#### Das Assad-Regime war eine säkulare Diktatur. In manchen anderen arabischen Ländern sind IslamistInnen an der Macht. Fürchten Sie nicht, dass nach Assad ein Regime an die Macht kommen könnte, dass die Frauen noch mehr unterdrückt?

Wir haben drei konkrete Forderungen: Erstens wollen wir den Sturz des Regimes. Zweitens fordern wir einen föderalistischen Staat, weil dieser die beste Lösung für die KurdInnenfrage ist. Drittens verlangen wir Frauenrechte, die in der Verfassung verankert sind. Wenn die IslamistInnen an die Macht kämen, wäre das natürlich eine Katastrophe. Aber diese Gruppen sind bei den KurdInnen nicht so stark repräsentiert.

#### Wir wissen aus anderen Teilen Kurdistans, dass es immer noch Zwangsverheiratung gibt. Ist das hier auch ein Problem?

Es kommt auf die Familien an, aber das Problem ist nicht mehr so stark wie früher. Ein Mädchen, das zwangsverheiratet wird, kann zu unseren Juristinnen gehen und dort rechtliche Beratung bekommen. In unserem Verein haben wir verschiedene Arbeitsgruppen und eine davon beschäftigt sich auch mit Kindern und Frauen, die zu Hause Probleme haben. Unsere Psychologinnen und Pädagoginnen betreuen dort diese Kinder und Frauen. Unsere Aufgabe ist es, mit den



□ Auf einer Demonstration gegen das Assad-Regime am 4. Jänner 2013

Kindern über ihre Traumata zu reden, darüber, was sie erlebt haben und dann gemeinsam eine Lösung oder einen Weg zu finden. Bis jetzt sind viele Kinder aus Hama oder Homs gekommen, aber seit einiger Zeit kommen auch unsere Kinder, also Kinder aus Amûdê. Unser Ziel ist es, diese Kinder besser zu betreuen. Wir brauchen aber Unterstützung von anderen Kinderrechtsorganisationen, unsere Mittel allein reichen dafür nicht aus.

#### Ihr habt also Arbeitsgruppen, die verschiedene Schwerpunkte haben?

Wir haben unterschiedliche Kompetenzen hier im Verein. So bieten wir neben der rechtlichen Beratung und der psychologischen Betreuung auch eine Gesundheitsberatung an. Junge Frauen werden u. a. über Krankheiten aufgeklärt, die durch Geschlechtsverkehr übertragen werden. Wir bieten den Frauen aber auch einen Erste-Hilfe-Kurs an, damit sie weitergebildet werden. Außerdem versuchen wir, mit kleinen Beträgen finanzielle Unterstützung zu leisten. Einmal kam eine schwangere Frau zu uns, die sich nicht leisten konnte, einen Arzt aufzusuchen. Wir sind mit ihr dann zum Arzt gegangen und haben einen Teil der Kosten übernommen.

#### Ist im Zusammenhang mit dem Thema Frauengesundheit auch Empfängnisverhütung ein Thema?

Ja, es ist sogar ein Schwerpunktthema. Viele Frauen wollen keine Kinder mehr bekommen und wir klären sie über ihre Möglichkeiten auf. Unser Problem ist aber, dass wir nur kurzfristig angemietete Räume und kein dauerhaftes eigenes Zentrum haben, wo wir uns ungestört treffen und andere Frauen zu uns kommen können.

#### Ist die Raumfrage derzeit Euer größtes Problem?

Ja, und Zugang zu Medien. Wir sind in unseren Mitteln und personell so begrenzt, dass wir unsere Arbeit nicht überall hintragen können, wo sie gebraucht wird. Wir würden unsere Arbeit aber gerne möglichst vielen anbieten.

## ■ Syrisch-Kurdistan am Rande des Bürgerkrieges

Im Zuge des syrischen Bürgerkrieges konnten sich die syrischen KurdInnen eine prekäre Autonomie erkämpfen. Bedroht ist diese nicht nur durch das Regime, sondern auch durch Angriffe der Freien Syrischen Armee und jihadistischer Milizen sowie durch innere Konflikte zwischen unterschiedlichen kurdischen Parteien.

Eingezwängt zwischen der türkischen Grenze und den zunehmend von jihadistischen Teilen der syrischen Opposition kontrollierten Gebieten am Euphrat zwischen Deir az-Zor und Aleppo, kann sich seit 2012 ein prekäres kurdisches De-facto-Autonomiegebiet in Syrien halten. Im Vergleich zu anderen Teilen Syriens wurden diese Gebiete weitgehend vom Bürgerkrieg verschont. Allerdings kam es an deren Rändern, etwa um die Stadt Serê Kaniyê (arab. Ras al-Ayn), immer wieder zu Kämpfen zwischen kurdischen Einheiten und Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) oder der jihadistischen Jahba al-Nusra.

### Autonomie unter PYD-Herrschaft

Dabei hatten die Einheiten der Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD), die 2003 als syrische Schwesterpartei der PKK gegründet wurde, zunächst völlig kampfflos die meisten kurdischen Gebiete Syriens übernommen. Anfang des Sommers 2012 zog die syrische Armee ihre Truppen in die umkämpften arabischen Städte ab und beließ ihre Truppen nur an einzelnen strategisch wichtigen Punkten, wie am Flughafen der informellen *Hauptstadt* Syrisch-Kurdistans, Qamişlo (arab. Qāmişlî). Die PYD war lange Zeit nur eine von vielen kurdischen Parteien in Syrien. Durch ihre im Guerillakampf der PKK trainierten militärischen Einheiten und die noch aus der Zeit der syrischen Unterstützung für die PKK stammenden Verbindungen nach Damaskus gelang es ihr jedoch, im Laufe des Sommers zur entscheidenden militärischen und politischen Kraft in der Region zu werden. Der Preis dafür war ein weitgehendes Stillhalteabkommen mit dem Regime. Zwar kam es lokal auch zu Kämpfen zwischen PYD und Regierungstruppen, der Flughafen von Qamişlo wurde aber nie angegriffen und kann von der syrischen Armee weiterhin benutzt werden. Seit November 2013 sind auch die Sicherheitskräfte des Regimes wieder in Qamişlo aktiv. Im Juli 2012 hatte sich die PYD unter Vermittlung des Präsidenten der Kurdischen Regionalregierung im Irak, Masoud Barzani, mit den im Kurdischen Nationalrat (KNC) zusammengeschlossenen und mit anderen kurdischen Parteien Syriens auf die Bildung eines gemeinsamen Obersten Kurdischen Komitees geeinigt, das allerdings nie wirklich funktionierte. Einerseits blieben jene kurdischen Gruppen, die lieber mit dem Syrischen Nationalrat und der FSA kooperierten, dem Obersten Kurdischen Komitee ohnehin fern. Andererseits konnten die Konflikte zwischen der PYD und den anderen Parteien –

■ *Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler, Lektor an der Universität Wien und der Fachhochschule Vorarlberg sowie Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie/Europäisches Zentrum für kurdische Studien und Vorstandsmitglied von LeEZA. 2013 strahlte OKTO TV seine Dokumentation ‚Rückkehr nach Amûdê‘ über die Situation in Syrisch-Kurdistan aus.*

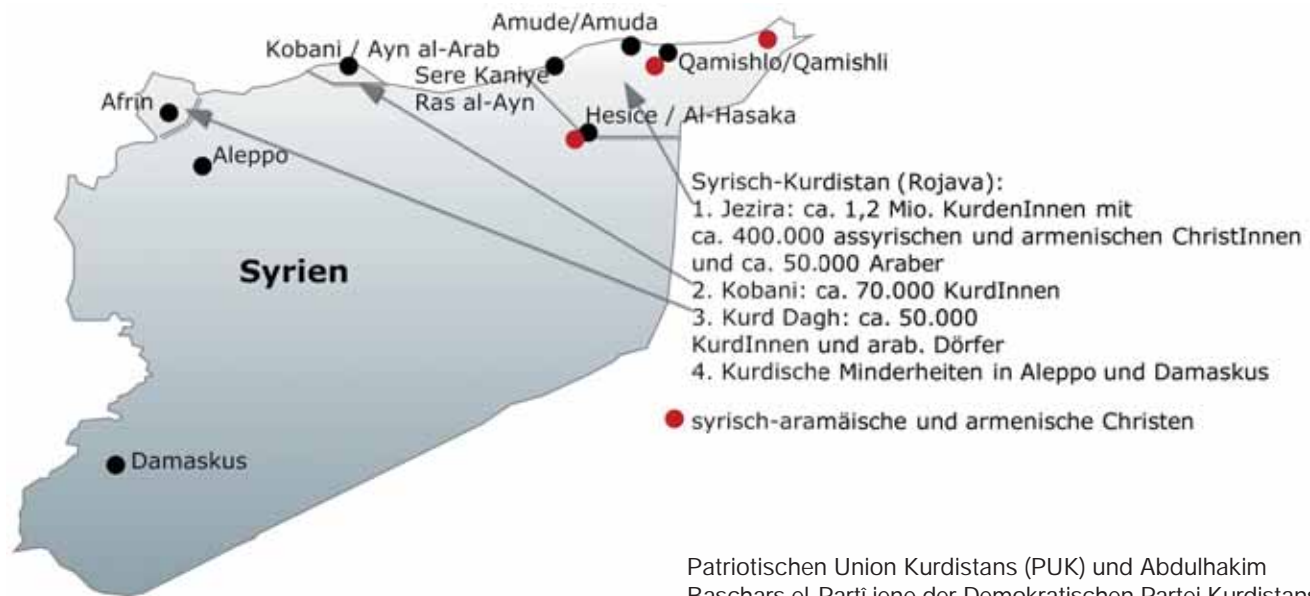
insbesondere jenen, die der Regionalregierung Kurdistans (Irak) unter Masoud Barzani nahestanden – nie gelöst werden.

### Syrisch-Kurdistan

Das Siedlungsgebiet der syrischen Kurden ist im Wesentlichen auf drei verschiedene Enklaven aufgeteilt, die zwar jeweils mit dem kurdischen Siedlungsgebiet in der Türkei in Verbindung stehen, allerdings innerhalb der Grenzen Syriens von arabischen Siedlungsgebieten unterbrochen sind. Schließlich war der Südrand des kurdischen Siedlungsraumes immer ein gemischtes Siedlungsgebiet und auch in der Türkei schließen die arabisch dominierten Minderheitsregionen um Urfa an die Syrisch-Türkische Grenze an. Diese drei Enklaven haben sich historisch teilweise sehr unterschiedlich entwickelt, was auch politische Konsequenzen mit sich brachte. Während sich in Qamişlo früh eine Szene politisch interessierter Intellektueller entwickelte und somit die traditionellen kurdischen Parteien seit den 1950er-Jahren dort entstanden, blieben die ländlichen Regionen des Kurd Dagh und um Kobani im Westen weitgehend vom kurdischen Nationalismus unberührt. Politische Aktivitäten konzentrierten sich auf die Jezira („Insel“ zwischen Euphrat und Tigris) um Qamişlo und al-Hasaka, sowie auf die urbanen kurdischen Minderheiten in Aleppo und Damaskus. Erst die PKK und ab 2003 die PYD nutzte das politische Vakuum in Afrin und Kobani, um dort die Bevölkerung zu politisieren (siehe Karte). Während in Afrin und Kobani die PYD schon vor 2012 die wichtigste kurdische Partei darstellte, dominierten in der Jezira bis dahin politische Parteien, die aus der historischen Demokratischen Partei Kurdistans – Syrien hervorgegangen waren.

□ Demonstration der AnhängerInnen der Parteien des Kurdischen Nationalrats in Amûdê, Jänner 2013





### Politische Parteien der syrischen KurdInnen

Nicht nur das Siedlungsgebiet, auch die politische Landschaft Syrisch-Kurdistans ist sehr zersplittert. Die 1957 gegründete historische Demokratische Partei Kurdistans – Syrien hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte immer wieder gespalten und zu neuen Parteien fusioniert. Allein der Kurdische Nationalrat hat 15 verschiedene Mitgliedsparteien, die sich teilweise sogar in ihren Namen so ähnlich sind, dass sie manchmal nur anhand ihrer Parteiführer unterschieden werden können:

Partei:	Vorsitzende:
DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTAN-SYRIEN (PDK-S), EL-PARTI.....	Abdulahakim Baschar
KURDISCHE YEKITI PARTEI IN SYRIEN (PYKS).....	Ibrahim Biro
AZADI PARTEI.....	Mustafa Oso
AZADI PARTEI.....	Mustafa Jumaa
KURDISCH DEMOKRATISCHE FORTSCHRITTPARTEI IN SYRIEN (PDPKS).....	Hajji Darwish
KURDISCH DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI IN SYRIEN (PYDKS).....	Muhiyuddin Sheikh Ali
KURDISCH DEMOKRATISCHE PARTEI IN SYRIEN (PDKS).....	Nasruddin Ibrahim
KURDISCH DEMOKRATISCHE NATIONALPARTEI IN SYRIEN.....	Tahir Saadun Sefük
KURDISCH DEMOKRATISCHE GLEICHHEITSPARTEI IN SYRIEN.....	Aziz Dawud († 2013)
YEKITI KURDISTANI.....	Abdulbasit Hamo
REFORMBEWEGUNG.....	Fisel Yussef
KURDISCH DEMOKRATISCHE PARTEI IN SYRIEN.....	Feysel Yusuf
KURDISCH DEMOKRATISCHE WIFAQ PARTEI.....	Naschat Muhammad
KURDISCHE LINKE PARTEI IN SYRIEN (KONGRESS).....	Muhammad Musa Muhammad
KURDISCHE LINKE PARTEI IN SYRIEN (ZENTRALKOMITEE).....	Salih Gado

Einige dieser Parteien sind zwar de facto nur Familienunternehmen ohne größeren politischen Einfluss. Allerdings verfügen die beiden – seit 2011 gespaltenen – Azadi Parteien, die Yekiti Kurdistani, die Kurdische Yekiti Partei in Syrien, die Abdulhamid Hadschi Darwischs Kurdisch Demokratische Fortschrittspartei in Syrien (PDPKS) und Abdulhakim Baschars el-Parti über eine größere AnhängerInnenschaft. Die Kurdisch Demokratische Fortschrittspartei in Syrien (PDPKS) ist die Schwesterpartei der irakisch-kurdischen

Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und Abdulhakim Baschars el-Parti jene der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak, was den beiden Parteien noch zusätzliches Gewicht verleiht. Die Spaltungsfreudigkeit dieser Parteien konnte selbst von den Protesten und Kämpfen seit 2011 nicht gestoppt werden. Nach der Azadi-Partei spaltete sich im März 2012 auch die Kurdische Linke Partei in Syrien, was ebenso zu zwei gleichnamigen Parteien führte, die sich allerdings fallweise mit den Zusätzen „Kongress“ und „Zentralkomitee“ voneinander unterscheidbar machen. Viele dieser Spaltungen sind inhaltlich weder für ExpertInnen noch für Parteimitglieder durchschaubar. In den meisten Fällen handelt es sich um bloße Machtkämpfe an der jeweiligen Parteispitze. Persönliche und familiäre Loyalitäten sind oft entscheidender als politische oder ideologische Differenzen.

Seit Ende 2012 gibt es jedoch auch wieder Fusionsgespräche zwischen einigen dieser Parteien. Abdulhakim Baschars el-Parti, die beiden Azadi Parteien und Abdulbasit Hamos Yekiti Kurdistani gründeten im Jänner 2013 die *Politische Union*, deren Ziel die Schaffung einer gemeinsamen Partei darstellt, die dann vermutlich die Unterstützung von Barzanis PDK-Irak hätte. Bis Redaktionsschluss hatten die Vereinigungsgespräche der vier Parteien allerdings nur zu einer verstärkten Zusammenarbeit, aber noch zu keiner Fusion geführt. Die dominante Stellung der von Barzani unterstützten el-Parti innerhalb der *Politischen Union*, insbesondere deren Dominanz in der kleinen eigenen Miliz der Union, führte zu Konflikten mit den anderen Parteien, in denen die Yekiti Kurdistani die Union zwischenzeitlich auch wieder verlassen hatte. Auch wenn die *Politische Union* damit bislang ihr Ziel einer gemeinsamen einheitlichen Partei als Gegenkraft zur PYD nicht erreichen konnte, so hat sich doch um diese vier Parteien innerhalb des Kurdischen Nationalrates ein Parteienblock mit einer gewissen Nähe zu Barzanis PDK herausgebildet.

Fast alle dieser im Kurdischen Nationalrat organisierten Parteien sind Abspaltungen der verschiedenen Flügel der historischen Demokratischen Partei Kurdistans – Syrien. Unabhängig davon wurden seit 2003 jedoch auch andere kurdische Parteien gegründet. Die bereits erwähnte, 2003 als Schwesterpartei der PKK gegründete Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD) stellte als relativ straff organisierte Kaderpartei mit sehr engen Verbindungen zu den zentralen Entscheidungsstrukturen der PKK in vielfacher Hinsicht einen neuen Typus einer politischen Partei dar, der es ihr ermöglichte, relativ rasch politischen Einfluss zu gewinnen. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung kam es jedoch auch dort zu einer Spaltung, indem sich die Kurdisch-Syrische Demokratische Versöhnung (Rêkêftina Demokrat a Kurdî ya Sûrî) von der



□ Demonstration der Tansiqiyat Amüdê (Anhängerschaft des Syrischen Nationalrats), in Amüdê, Jänner 2013

Mutterpartei trennte. 2005 wurde schließlich mit der Kurdischen Zukunftsbewegung in Syrien (Şepêla Pêşrojê ya Kurdi li Sûriyê) unter Misch'al at-Tammu (kurd. Mişel Temo) eine weitere Partei neu gegründet, die sich stärker gesamt-syrisch ausrichtete und von allen kurdischen Parteien die engsten Beziehungen zur arabischen Opposition entwickelte. Die Ermordung Misch'al at-Tammus am 7. Oktober 2011 löste die ersten großen Massendemonstrationen in Qamişlo aus.

### Spaltung vor Ort

Vor Ort zeigt sich die politische Spaltung der syrischen KurdInnen. In Amüdê, einer etwa 50.000 EinwohnerInnen zählenden, fast ausschließlich von KurdInnen bewohnten Stadt an der Grenze zur Türkei, fanden sich bis Juni 2013 jeden Freitag gleich drei rivalisierende Demonstrationen zusammen. Die eine sympathisierte mit dem Syrischen Nationalrat, die andere mit dem Kurdischen Nationalrat und die dritte wurde von der PYD organisiert.

Seit Juni 2013 wagt es in Amüdê jedoch nur noch die PYD zu demonstrieren. Bereits in den Monaten zuvor war die PYD immer wieder für ihren autoritären Herrschaftsstil in den von ihr kontrollierten Gebieten kritisiert worden. Hohe Parteifunktionäre der Azadî-Partei wurden im Frühling von den KämpferInnen der PYD, den sogenannten Volksverteidigungseinheiten (YPG) verschleppt. Was die AnhängerInnen der PYD als Polizeiaktion betrachteten, wurde von der Azadî-Partei als willkürlicher autoritärer Akt verstanden und führte zum Austritt dieser relativ starken und traditionsreichen kurdischen Oppositionspartei aus dem Obersten Kurdischen Komitee.

Am 27. Juni 2013 kam es in Amüdê schließlich zu tödlichen Zusammenstößen zwischen KämpferInnen der Volksverteidigungseinheiten (YPG) der PYD und DemonstrantInnen, die u. a. von den YPG die Freilassung von drei entführten Aktivisten anderer kurdischer Parteien und Gruppierungen forderten. Als Fahrzeuge der YPG versuchten, durch einen Demonstrationszug hindurchzufahren, wurden sie mit Steinen beworfen und als Schabiha (die irregulären Milizen des Ba'th-Regimes) beschimpft. Was dann genau geschah, ist bis heute umstritten. Aus Sicht der PYD<sup>1</sup> wurden die Kämpfer der YPG von einem Demonstranten beschossen. Demonstranten aus Amüdê und Aktivisten PYD-kritischer Parteien Azadî und el-Partî berichten hingegen von einer gewaltlosen Blockade, die die YPG mit gezielten Schüssen in die Menge aufgelöst hätte. Sechs Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein. Die YPG griffen daraufhin das Büro der Kurdischen Einheitspartei in Syrien (Yekiti) an und töteten einen Wächter der Partei. Des Weiteren wurden das Parteibüro der Azadî-Partei und ein Zelt protestierender Hungerstreikender niedergebrannt. Daraufhin zogen sich fast alle Parteien des

Kurdischen Nationalrates aus dem gemeinsamen Obersten Kurdischen Komitee zurück. Die YPG führten am folgenden Tag Hausdurchsuchungen in zwei Dörfern vor Amüdê durch und verhafteten/entführten Mitglieder der Yekiti. Am 1. Juli wurde zudem das Krankenhaus von Amüdê angegriffen.

### Innerkurdische Konfliktlinien

Während es den AnhängerInnen des Syrischen Nationalrates primär um eine gesamt-syrische Lösung geht und nach deren Vorstellungen alle Fragen über die Zukunft der KurdInnen nach dem Sturz des Regimes diskutiert werden sollten, geht es den Parteien des Kurdischen Nationalrates primär um die Absicherung einer kurdischen Autonomie. Die PYD wiederum verfolgt ihr eigenes ideologisches Konzept des *demokratischen Konföderalismus* und orientiert sich in ihren politischen und strategischen Entscheidungen stark an der PKK-Zentrale in den irakischen Qandil-Bergen.

Die im Guerillakampf der PKK geschulten *Volksverteidigungseinheiten* der PYD stellen derzeit mit Abstand die stärkste militärische Kraft in Syrisch-Kurdistan dar. Von der PYD wird bestritten, dass es sich bei den YPG um eine Parteiliga der PYD handle. In der Theorie des *demokratischen Konföderalismus*, die seit einigen Jahren die früheren marxistisch-leninistischen Vorstellungen der PKK abgelöst hat, sind die Volksverteidigungseinheiten und die als Verwaltungsstrukturen gedachten so genannten *Volksräte Westkurdistans* keine Organe der PYD, sondern Institutionen *des Volkes*. Dem von den anderen kurdischen Parteien erhobenen Vorwurf, autoritär zu agieren, widerspricht Hassan Mohamed Ali, außenpolitischer Sprecher der PYD, mit dem Hinweis auf den angeblich basisdemokratischen Charakter dieser Strukturen: „Das sind ja nicht wir als Partei, die Westkurdistan regiert, sondern die vom Volk gewählten Volksräte. Wie können diese autoritär sein?“

Genau das werfen die anderen kurdischen Parteien der PYD jedoch vor. Zardasht Mohamed vom Politbüro der Kurdischen Demokratischen Unionspartei (Partiya Yekitiya Demokrat a Kurdi) glaubt nicht, dass es jemals zu einer Einigung mit der PYD kommen wird, weil diese sich nicht an gemeinsame Abmachungen halte. Dabei ist seine Partei unter der Führung von Muhiyuddin Sheikh Ali noch eine der PYD-freundlicheren Parteien innerhalb des Kurdischen Nationalrats. Gemeinsam mit der Schwesterpartei der irakisch-kurdischen PUK, der Kurdischen Demokratischen Fortschrittspartei (Partiya Demokrat a Pêşverûya Kurdi) unter der Führung von Abdulhamid Hajji Darwish, gilt die Demokratische Unionspartei als relativ PYD-freundlich. Bereits im Irak hatte Jalal Talabani PUK über lange Zeit hinweg bessere Beziehungen zur PKK als Barzanis PDK. Die beiden PUK-nahen Parteien gelten heute auch innerhalb





□ PYD-Demonstration in Amûdê, Jänner 2013

des Kurdischen Nationalrats als relativ kooperationsbereit gegenüber der PYD. Mit der Zuspitzung des Konfliktes zwischen Barzanis PDK und der PUK im Zuge der Wahlen in Irakisch-Kurdistan kam es auch innerhalb des Kurdischen Nationalrates im Irak zu Konflikten zwischen PDK- und PUK-nahen Parteien.

Keine der Mitgliedsparteien des Kurdischen Nationalrats will eine Eskalation des Konflikts mit der PYD. Die Furcht vor einem innerkurdischen Bürgerkrieg ist schließlich auch der Hauptgrund, warum jene Peschmerga, also kurdischen Kämpfer, die Masoud Barzani in Irakisch-Kurdistan in den letzten Monaten ausbilden ließ, von Barzani zurückgehalten werden und die Grenze zu Syrien bislang nicht überschritten haben. Allerdings verfügt die Barzani-nahe *Politische Union* sehr wohl auch über Milizen in Syrien, die laut eigenen Angaben etwa 1.500 bewaffnete Kämpfer zählen. Dies ist allerdings nur ein Bruchteil der von Barzani im Irak ausgebildeten Peschmerga, die v.a. aus den syrisch-kurdischen Flüchtlingen im Irak rekrutiert wurden. Der Präsident der kurdischen Regionalregierung im Irak betont, dass diese Einheiten nur für den Notfall gedacht sind, um im Falle eines Sicherheitsvakuums die kurdische Zivilbevölkerung Syriens zu schützen, keineswegs um gegen die Volksverteidigungseinheiten der PYD zu kämpfen.

Unter den etablierten kurdischen Parteien kritisieren zwar viele die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft, allerdings fordert keine der Parteien des Kurdischen Nationalrats eine Militärintervention von außen.

### Generationenkonflikte

Genau das würde sich allerdings Munzur Eskin, Gründer und Sprecher der 2005 im Untergrund gegründeten parteiunabhängigen *Kurdischen Jugendbewegung* (T.C.K.) wünschen. Im Gegensatz zu den meisten kurdischen Parteien fordert seine Jugendbewegung auch eine internationale Militärintervention gegen das syrische Regime.

Innerhalb der kurdischen Gesellschaft besteht ein Riss nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen den Generationen. Ein großer Teil der Aktivitäten der syrischen Opposition wird heute nicht von den Parteien, sondern von unabhängigen Jugendgruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen. Von Kulturgruppen über Frauenvereine bis zu SchülerInnengruppen haben sich 2012 hunderte lokale Organisationen in den kurdischen Städten Syriens gebildet, die vielfach unabhängig von den Parteien unterschiedlichste Initiativen setzen und mit vielfältigen Strategien gegen das Regime kämpfen. Mit der verstärkten Repression der PYD gegen unabhängige oder gar rivalisierende Kräfte wurde es aber gerade für solche

Gruppen in den letzten Monaten immer schwieriger.

### Zwischen Repression und Selbstverwaltung

Seit Juni 2013 finden nicht nur in Amûdê, sondern auch in Qamişlo und anderen kurdischen Städten keine Demonstrationen mehr ohne den Sanktus der PYD statt. Am 12. November 2013 hatte die PYD offiziell die Gründung einer Übergangsverwaltung für Syrisch-Kurdistan bekanntgegeben. Der Kurdische Nationalrat und seine Mitgliedsparteien blieben der Ausrufung der autonomen Selbstverwaltung fern, da die PYD die Übergangsverwaltung ohne Rücksprache ausgerufen hatte, obwohl der Kurdische Nationalrat gleichzeitig mit der PYD-Verwaltungsstruktur des *Volksrats von Westkurdistan* über die Einrichtung einer gemeinsamen regionalen Verwaltung verhandelt hatte. Zwei Tage später demonstrierten mehrere Dutzend Mitglieder der Ba'thpartei des syrischen Präsidenten Assad im Zentrum von Qamişlo und riefen Slogans wie „Ba'thisten gehen auf die Straße“ und „Unser Blut und unsere Seele opfern wir für dich, Baschar“. Anstatt gegen das Regime in Damaskus demonstrierte die PYD am 21. November in Amûdê gegen Masoud Barzani. Einige Tage später folgten ähnliche Demonstrationen in anderen syrisch-kurdischen Städten. Seit Ende November beginnen auch Sicherheitskräfte des Regimes in Qamişlo wieder aktiv zu werden. Am 20. November verhaftete der Militärgesamtdienst den Sänger Sharif Omari. Am 18. Dezember wurden zwei Mitglieder der T.C.K. in Qamişlo von Sicherheitskräften des Regimes festgenommen. Bis Redaktionsschluss war unklar ob dies mit Billigung der PYD geschehen ist oder die PYD langsam die Kontrolle über Qamişlo wieder an das Regime verliert. Aus Sicht der PYD<sup>2</sup> liegen solche Verhaftungen in der Tatsache begründet, dass die PYD nicht ganz Qamişlo kontrolliert und das Regime weiterhin präsent ist.

Während sich der innerkurdische Konflikt zwischen den Parteien verschärft, spitzt sich im zweiten Kriegswinter die Versorgungslage dramatisch zu. Heizmaterial und Treibstoff waren bereits im letzten Winter ausgegangen. Nun werden auch die Nahrungsmittel knapp. Neben den über zwei Millionen BewohnerInnen Syrisch-Kurdistans müssen mittlerweile auch über 500.000 Intern Vertriebene von der ohnehin längst verarmten lokalen Bevölkerung durchgefüttert werden. Auch in den KurdInnengebieten Syriens droht damit eine Hungersnot.

<sup>1</sup> Siehe Interview mit Salih Muslim, dem Parteivorsitzenden der PYD, der sich in den vorliegenden LeEZA-Nachrichten zu den Vorwürfen äußert.

<sup>2</sup> Siehe Interview mit Salih Muslim.

## ■ „Das Regime ist aus unserem Gebiet nie ganz verschwunden“

PYD-Chef Salih Muslim über die Entwicklung in Syrisch-Kurdistan

Salih Muslim führt gemeinsam mit seiner Ko-Vorsitzenden Asya Abdullah die Demokratische Unionspartei (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD) in Syrien. Die syrische Schwesterpartei der PKK übernahm 2012 die kurdischen Gebiete Syriens und stellt dort seither die mächtigste kurdische Partei dar. Thomas Schmidinger sprach mit ihm über die Zukunft der kurdischen Selbstverwaltung in Syrien und die Rolle der PYD.

Ihr Sohn Şerwan wurde vor Kurzem im Alter von 17 Jahren im Kampf getötet. Darf ich Ihnen zunächst mein Beileid aussprechen ...

Danke. Wenn wir für die Freiheit kämpfen, müssen wir dafür einen Preis zahlen. Das war der Preis, den ich zahlen musste.

Für welches politische Projekt ist Ihr Sohn gefallen? Was ist das Ziel Ihrer Partei für die KurdInnen in Syrien?

Wir wollen eine demokratische Selbstverwaltung, die eine bestimmte Form der Autonomie darstellt. Wir wollen demokratische Rechte und eine verfassungsmäßige Anerkennung der KurdInnen innerhalb Syriens. Wir wollen aber keine Unabhängigkeit und keinen kurdischen Nationalstaat. Wir haben dieses Konzept auch dem National Coordination Body for Democratic Change (NBC)<sup>1</sup> vorgelegt und auch die arabischen Parteien haben zugestimmt. Wie diese Autonomie genau aussehen wird, darüber können wir noch verhandeln. Es hat ja jeder Staat seine eigene Form des Föderalismus. Da unterscheiden sich auch Deutschland, die Schweiz oder die Vereinigten Staaten voneinander. Wir können dann sehen, welches dieser Modelle das beste für Syrien ist. Entscheidend ist, dass wir uns selbst verwalten wollen auf Basis von Menschenrechten und Demokratie. Was wir mit Sicherheit nicht wollen, sind neue Grenzen! Wir sind keine Separatisten. Wir wollen keinen kurdischen Nationalstaat unabhängig von Syrien. Über alles andere kann verhandelt werden.

Es ist verständlich, dass eineinhalb Jahre nach dem Abzug des Regimes aus Syrisch-Kurdistan diese Selbstverwaltung nicht reibungslos funktioniert. Gravierend scheinen jedoch die Konflikte zwischen Ihrer und den anderen kurdischen Parteien, und es gibt immer noch keine demokratisch legitimierte Strukturen. Wann wird es freie Wahlen geben?

Wir haben nur einen Vorschlag für die Selbstverwaltung gemacht. Wir wollen sicher nicht allein regieren und bereiten in den von uns kontrollierten Gebieten Wahlen vor. Es haben beide kurdischen Räte, der Kurdische Nationalrat<sup>2</sup> und der Volksrat von Westkurdistan<sup>3</sup> dieser Vorgangsweise grundsätzlich zugestimmt. Es gibt jetzt ein Komitee, das die

■ *Das Interview wurde auf Englisch geführt und von Thomas Schmidinger übersetzt.*

Wahlen vorbereitet und das beschlossen hat, dass es drei Kantone geben wird, einen in der Jazira, einen um Kobani und einen um Afrin, in denen dann jeweils die Wahlen abgehalten werden sollen. Wir sind also mitten in den Vorbereitungen und hoffen, dass wir die Wahlen bald abhalten können.

Seit einigen Monaten gibt es massive Konflikte zwischen der PYD und einigen Parteien des Kurdischen Nationalrates, besonders jenen mit einem Naheverhältnis zu Barzanis PDK. Sind diese Parteien nun auch in die Vorbereitungen für die Wahlen involviert und werden diese dann auch kandidieren oder nicht?

Der Kurdische Nationalrat ist nicht immer einheitlicher Meinung. Die meisten Parteien kooperieren mittlerweile mit uns. Aber es gibt einige Kräfte, die gerne alles zerstören würden und auch das Abkommen von Hewlêr<sup>4</sup> vom Sommer 2012 sabotieren.

Wen meinen Sie damit?

Die Parteien, die mit Masoud Barzani verbunden sind. Die behaupten immer, dass die Asaish die Sicherheitskräfte der PYD wären, die dann dieses und jenes tun würden. Aber das stimmt nicht, das sind kurdische Sicherheitskräfte.

Sie werden aber doch nicht bestreiten, dass die PYD diese Sicherheitskräfte und die Volksverteidigungskräfte YPG gegründet hat ...?

Nein, das bestreite ich nicht. Wir haben die YPG und die Asaish gegründet, weil wir gesehen haben, dass das notwendig wird. Aber sie sind nicht unsere Parteimilizen. Wir sind dafür, dass es einheitliche Sicherheitskräfte und eine einheitliche Armee gibt und nicht, dass jede Partei ihre eigenen Milizen unterhält. Aber uns wird immer vorgeworfen, das wären unsere Bewaffneten und wir werden mit der PKK gleichgesetzt ...

Ihr seid vielleicht nicht die PKK, aber zumindest seid Ihr eine Schwesterpartei der PKK.

Ja, das bestreitet ja niemand. Aber die ständige Gleichsetzung ist einfach falsch.

Kommen wir zurück zu den Wahlen. Welche Parteien haben denn bis jetzt die Bereitschaft signalisiert, sich an diesen Wahlen zu beteiligen? Noch konkreter gefragt: Machen jene Parteien mit, die bisher die stärkste Distanz zur PYD hatten, also die Azadî-Partei und die el-Partî, die Schwesterpartei von Barzanis PDK im Irak? Eine ganze Reihe von Parteien aus dem Kurdischen Nationalrat hat die Bereitschaft signalisiert mitzumachen. Im Moment gibt es drei kurdische Parteien, mit denen wir zusammen-



□ Salih Muslim mit Thomas Schmidinger in Wien, Dezember 2013

arbeiten. Aber es gibt eben auch Parteien, die nicht mitmachen. Die einzigen beiden Parteien, die derzeit jede Zusammenarbeit verweigern, sind die Azadi-Partei und die el-Parti.

**Aber sie wären willkommen, an den Wahlen teilzunehmen?**

Ja, selbstverständlich. Wenn sie wollen, dann gerne.

**Im November hat die PYD offiziell die regionale Selbstverwaltung der KurdInnen in Syrien ausgerufen. Wie hat das Regime darauf reagiert?**

Ganz ähnlich wie die so genannte Opposition. Es gab zwar auf beiden Seiten auch andere Stimmen, aber die Mehrheit beschuldigt uns immer noch, Separatisten zu sein und will diese Selbstverwaltung nicht anerkennen. Wir müssen sie deshalb gegenüber beiden Seiten erkämpfen.

**In letzter Zeit wurden die säkularen Oppositionsgruppen in Syrien deutlich geschwächt. Stärker wurden hingegen die jihadistischen Gruppen wie die Jabha an-Nusra, The Islamic state in Iraq and the Levante und andere Gruppen. Selbst aus Europa ziehen immer mehr junge SalafitInnen nach Syrien in den Jihad. Was bedeutet das für die KurdInnen?**

Wir hatten von Anfang an mit den echten Oppositionellen in Syrien kooperiert. Dann sind aber diese Gruppen entstanden, wie der Syrische Nationalrat, die keine Gruppen vor Ort hatten. Selbst die Muslimbruderschaft, die vor ihrer Verfolgung in den 1980er-Jahren hier sehr wohl stark war, hatte keine Organisation mehr vor Ort. Der Westen hat versucht, eine neue Opposition zu schaffen, die im Inland keine Basis hatte. Wir waren von Anfang an gegen eine Militarisierung des Konfliktes. Sobald man Waffen bekommt, ist man abhängig von denen, die einem Waffen liefern und muss deren Politik verfolgen. Deshalb sind auch die Jihadisten letztlich keine eigenständigen Akteure sondern Instrumente. Die haben keine eigene Strategie, keine eigenen Ziele, sie sind nur ein Instrument.

**Instrumente von wem?**

Von den USA oder besser des Imperialismus oder des Finanzkapitals. Sie wollen mit Syrien das gleiche machen wie mit vielen anderen Staaten in der Region. Dazu brauchen sie willfähige bewaffnete Gruppen, die das für sie vor Ort durchsetzen. Sie haben das im Kosovo so gemacht und machen es nun hier.

**Mit welchem Ziel? Ein prowestliches Regime durchzusetzen?**

Nein, es ist komplizierter. Man kann heute einfach nicht mehr die alten autoritären Regime aufrechterhalten, weil

durch die Globalisierung, das Internet und all diese Möglichkeiten heute der Wunsch nach Freiheit viel ausgeprägter ist. Wir haben Kontakt zu einigen linken Oppositionellen in Tunesien, die sagen alle, dass wir aufpassen sollen, dass die Revolution nicht gestohlen wird, so wie das bei ihnen geschehen ist. So ein islamisches Regime wie etwa in der Türkei, das wäre aber eine Alternative für den Imperialismus, um weiter an der Macht zu bleiben.

**Sie sagten vorher, dass man sich in einem militarisierten Konflikt abhängig von jenen macht, die einem Waffen liefern. Von wem hat denn die PYD ihre Waffen? Wer rüstet die kurdischen Sicherheitskräfte und die YPG aus?**

Die meisten Waffen kommen aus unseren eigenen Quellen, wurden einfach auf dem Schwarzmarkt gekauft und als wir das Regime zum Verlassen Kurdistans gedrängt hatten, haben wir sie auch nur ohne ihre Waffen und Munition abziehen lassen. Wir haben so relativ viele Waffen des Regimes erbeutet.

**In Syrisch-Kurdistan gibt es ja über 500.000 Intern Vertriebene aus anderen Teilen Syriens. Ich konnte mich schon im letzten Winter vor Ort davon überzeugen, dass deren Versorgungslage sehr schlecht ist und keinerlei internationale Hilfe die Region erreicht. Wie ist deren Lage heute, ein Jahr später?**

Zumindest den Mangel an Diesel konnten wir mittlerweile beheben. Die Leute können also diesen Winter zumindest heizen. Aber die Versorgungslage mit Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgütern ist auch für die Einheimischen schon nicht sehr gut und für die Vertriebenen aus anderen Teilen Syriens noch schwieriger. Es gibt immer noch keine internationale Hilfe. Die meisten großen Hilfsorganisationen sind gar nicht vertreten und das Internationale Rote Kreuz

<sup>1</sup> Der NBC (arab: هيئة التنسيق الوطنية لقوى التغيير الديمقراطي) ist eine Allianz der PYD mit 12 kleineren linksgerichteten syrischen Oppositionsparteien und einigen unabhängigen Persönlichkeiten, die eine relativ pragmatische Position gegenüber dem Regime einnimmt. Der von Hassan Abdel Azim von der Demokratisch-Arabischen Sozialistischen Union und dem Menschenrechtsaktivisten Haytham Manna geführte Zusammenschluss verhandelt mit dem Regime Bashar al-Assads und versucht, über gewaltlose Proteste eine Veränderung zustande zu bringen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Oppositionsgruppen lehnt er einen gewaltsamen Umsturz ebenso ab wie eine internationale Militärintervention. Der NBC (auch als NCC, National Coordination Committee for the Forces of Democratic Change abgekürzt) wird deshalb von anderen Oppositionsgruppen scharf kritisiert und erhält immer wieder den Vorwurf, eine Vorfeldorganisation des Regimes zu sein.

<sup>2</sup> Zusammenschluss fast aller kurdischen Parteien außer der PYD

<sup>3</sup> Selbstverwaltungsstrukturen der PYD

<sup>4</sup> Im Sommer 2012 wurde in Hewlêr (Arbil), der Hauptstadt Irakischn-Kurdistans, ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Kurdischem Nationalrat und PYD beschlossen, das zur Gründung des Obersten Kurdischen Komitees führte, welches allerdings nur sehr bedingt funktionierte.

kooperiert mit dem Syrischen Roten Halbmond und der ist eine arabische Organisation, die mit dem Regime kooperiert und nicht mit uns. Das Regime ist aus unserem Gebiet nie ganz verschwunden und kontrolliert zum Beispiel immer noch den Flughafen von Qamişlo. Wenn, dann wird an diese Behörden geliefert und nicht an uns.

Nicht nur der Flughafen wird weiter vom Regime kontrolliert. In den letzten Monaten hat es wieder eine deutlich stärkere Präsenz des Regimes in Qamişlo, der Hauptstadt der Kurdischen Selbstverwaltung, gegeben. Am 14. November 2013 konnten AnhängerInnen der Ba'th-Partei in Qamişlo demonstrieren und ungehindert die üblichen Parolen wie „Unser Blut und unsere Seele opfern wir für dich, Baschar“ rufen. Auch Sicherheitskräfte des Regimes scheinen wieder in den KurdInnengebieten aktiv zu sein. Im November hat der Militärische Nachrichtendienst den bekannten Sänger Sharif Omari festgenommen. Am 18. Dezember wurden fünf Fahrgäste und ein Taxilenker und am 26. Dezember zwei Aktivisten der Kurdischen Jugendbewegung T.C.K. von Sicherheitskräften des Regimes in Qamişlo verhaftet. Wer kontrolliert die Hauptstadt der kurdischen Selbstverwaltung? Das Regime oder die Kurden?

Das Regime ist dort wie gesagt nicht ganz verschwunden. Die Situation in Qamişlo ist sehr komplex. Nicht nur der Flughafen ist unter Kontrolle des Regimes, sondern auch jene Stadtteile, in denen die Araber wohnen. Es gibt in Qamişlo einen arabischen Stamm namens Tai, dessen 35.000 Mitglieder immer noch hinter dem Regime stehen. Die Stadtviertel, in denen diese arabischen Stammesmitglieder leben, sind nicht unter unserer Kontrolle. Die Demonstration der Ba'th-Partei und die Festnahmen haben in diesen arabischen Stadtvierteln stattgefunden. Eines unserer Hauptziele ist es, einen ethnischen Konflikt zu verhindern. Wir glauben an die Brüderlichkeit zwischen den Völkern und wollen keine Kämpfe zwischen KurdInnen und AraberInnen. Und weil wir keinen Krieg mit dem Stamm der Tai wollen, ist die Situation vor Ort sehr kompliziert. Eine Situation wie in Serê Kaniyê, wo es aufgrund der IslamistInnen zu Kämpfen zwischen KurdInnen und AraberInnen kam, konnten wir bisher in den anderen Städten verhindern. Das geht aber nur, indem wir eben auch mit den arabischen Stämmen eine Form der Koexistenz finden. In al-Hasaka ist die Situation noch schwieriger. Dort werden die kurdischen Viertel von uns kontrolliert, ein Teil der arabischen Viertel vom Regime und ein Teil von der islamistischen Opposition. In solchen Situationen ist unsere Priorität, Kämpfe innerhalb der Städte zu verhindern.

In Qamişlo gibt es sehr viele syro-aramäische und armenische ChristInnen. Wo stehen diese und wer kontrolliert deren Stadtviertel?

Die Christen sind auf unserer Seite. Deren Gebiete werden von den KurdInnen kontrolliert und geschützt.

Kurdische Kritiker der PYD werfen Ihrer Partei immer wieder vor, ein sehr autoritäres Regime etabliert zu haben. Es gibt Berichte von Entführungen von Angehörigen anderer kurdischer Parteien und am 27. Juni 2013 kam es in Amüdê nach Protesten gegen die Festnahme von Aktivisten schließlich zu tödlichen Zusammenstößen zwischen DemonstrantInnen und KämpferInnen der Volksverteidigungseinheiten (YPG). Warum diese repressiven Maßnahmen gegen rivalisierende kurdische Gruppierungen?

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Asaish und die YPG nicht die bewaffneten Einheiten unserer Partei sind, sondern die Sicherheitskräfte der kurdischen Selbstverwaltung. Unsere GegnerInnen stellen das immer so dar, als wäre unsere Partei schuld, wenn jemand verhaftet wird. Aber es gibt bei uns Sicherheitskräfte und es gibt Gerichte und diese sind nicht identisch mit unserer Partei. Wenn ein Krimineller verhaftet wird, dann heißt es sofort, die PYD habe ihn entführt.

In Amüdê hat es sich aber um politische Aktivisten gehandelt, die ja dann Anfang Juli auch wieder freigelassen wurden.

Ja, diese Leute wurden nur befragt, von wem sie Geld bekommen und welche Verbindungen sie haben und dann wurden sie wieder frei gelassen. Das Ganze war eine inszenierte Provokation von Abdulbaset Sieda vom Syrischen Nationalrat, der ja aus Amüdê stammt, seinen türkischen Verbündeten und seinen UnterstützerInnen in Irakisch-Kurdistan. Schon vor den Zusammenstößen wurden auf der türkischen Seite der Grenze Krankenwagen geparkt und JournalistInnen von Barzanis Rudaw TV gesagt, dass sie an diesem Tag länger arbeiten müssen. Außerdem wurde bei diesen Zusammenstößen von jemandem aus der Demonstration heraus auf die YPG geschossen. Erst dann haben die KämpferInnen der YPG das Feuer auf die DemonstrantInnen eröffnet.

Das berichten Eure KritikerInnen anders.

Ja, die haben Ihnen aber auch nichts von den Verbindungen dieser Leute zu Abdulbaset Sieda und der Türkei oder den bereitgestellten Krankenwagen erzählt. Aber als Politiker möchte ich trotzdem festhalten, dass die Kämpfer der YPG in diesem Falle überreagiert haben und einen Fehler begangen haben, als sie in die Menge schossen. Das hätten sie



□ Ehemalige Schule in Amüdè, in der Intern Vertriebene untergebracht werden

nicht tun sollen. So etwas kann jedoch vorkommen, wenn sie nicht wissen, mit wem sie es zu tun haben.

Mir erzählen KurdInnen anderer Parteien oder aus der Kurdischen Jugendbewegung, dass es mittlerweile kaum mehr jemand wagt, Demonstrationen ohne oder gar gegen die PYD durchzuführen.

Jeder, der eine Demonstration anmeldet, kann bei uns demonstrieren. Wir haben nichts gegen friedliche Demonstrationen, auch wenn sie sich gegen uns richten. Aber wir müssen die Sicherheit unseres Gebietes garantieren und es ist in einem Krieg wie in Syrien, in dem auch sehr viele ausländische Akteure ihren Einfluss spielen lassen, alles andere als einfach, zumindest den Krieg fern zu halten. Weil wir das geschafft haben, liebt uns die Bevölkerung. Die KämpferInnen der YPG sind für die KurdInnen HeldInnen und es kann schon sein, dass die Bevölkerung selbst Leute attackiert, die die YPG und die Asaish angreifen. Wir als Partei haben damit aber nichts zu tun. Wir wollen vor allem die Sicherheit der kurdischen Selbstverwaltung weiter garantieren.

Eines dieser Sicherheitsprobleme rührt wohl aus der wachsenden Zahl jihadistischer Gruppen. Auch aus Mitteleuropa machen sich immer mehr junge Männer auf den Weg nach Syrien, um dort in einen vermeintlichen Jihad zu ziehen. Wie sollen wir in Europa damit umgehen?

Man muss mit diesen jungen Leuten reden und sie davon abhalten. Ich weiß nicht, warum junge Männer aus Deutschland oder Österreich nach Syrien kämpfen kommen. Das hat wohl mehr mit der Situation in Europa als mit jener in Syrien zu tun. Ich würde mir aber wünschen, dass sich jemand dieser Leute annimmt und mit ihnen noch einmal redet, bevor sie solche Dummheiten machen. Da braucht es sicher Präventionsprogramme für radikalisierte Jugendliche.

Was würden sie sich sonst von der österreichischen Regierung in Bezug auf Syrien wünschen? Österreich war international immer ein sehr angesehenes Land und hat oft unter Beweis gestellt, dass auch ein kleiner Staat diplomatisch von Bedeutung sein kann. Gerade friedenspolitisch hat Österreich sehr lange eine wichtige Rolle gespielt und es ist schade, dass sich heute Staaten wie Österreich, die keine Eigeninteressen in der Region verfolgen und für eine friedensorientierte Außenpolitik stehen, so wenig in die internationalen Debatten einbringen. Wir würden uns wünschen, dass sich Österreich in Syrien mehr für eine diplomatische Lösung des Bürgerkrieges engagiert.

## ■ Selektive Aufnahme und mehr Geld für Grenzschutz

Flüchtlingsabwehr in Österreich und der EU

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien am 15. März 2011 sind ca. zwei Millionen Menschen aus dem Land geflohen. Dazu kommen laut Angaben des UNHCR<sup>1</sup> weitere sechs Millionen Personen, die innerhalb Syriens auf der Flucht sind. Bislang sind über 100.000 Menschen durch den Bürgerkrieg getötet worden. Die meisten der aus dem Land Geflohenen halten sich in den benachbarten Ländern Irak, Jordanien, Libanon und Türkei auf, nur ein geringer Prozentsatz konnte in andere Länder weiterflüchten. Die Versorgung der Vertriebenen innerhalb Syriens und in den Nachbarländern wird nun zusätzlich erschwert durch die einsetzenden Schneefälle und eisigen Temperaturen, gegen die notdürftige Zelte keinen Schutz bieten.

Trotz des Aufrufs des UNHCR an die Staaten der EU, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, sind diese weitgehend zurückhaltend in ihrer Bereitschaft, ihrer durch die Genfer Flüchtlingskonvention eingegangenen Verpflichtung zum Schutz verfolgter Menschen nachzukommen. Lediglich Deutschland und Schweden haben größere Zahlen an Flüchtlingen aufgenommen.<sup>2</sup> Insgesamt wurden bisher weltweit nur 18.300 Resettlement-Plätze für SyrerInnen in Aussicht gestellt, dazu kommt noch ein zahlenmäßig nicht fixiertes Kontingent der USA.

### 500 ChristInnen für Österreich

Die österreichische Regierung jedenfalls erklärte sich lediglich dazu bereit, 500 Flüchtlinge, „vor allem Frauen, Kinder und Christen“, aufzunehmen. Bis zum 8. Jänner 2014 konnten erst 155 dieser 500 Personen einreisen – alle aus jenen Kontingenten, die auf Vorschlag der syrisch-orthodoxen bzw. der katholischen Kirche zusammengestellt wurden. Weitere 95 Personen, vorwiegend ChristInnen, sollen in den kommenden Wochen in Wien landen.<sup>3</sup> Tatsächlich kommt es in Syrien immer wieder zu Angriffen auf Kirchen und Gewalt gegen ChristInnen, was aufs Schärfste zu verurteilen ist. Doch betrifft diese gezielte Gewalt erstens nicht nur ChristInnen, sondern auch andere religiöse und ethnische Minderheiten, und zweitens haben Kugeln und Bomben keine Namensschilder, sondern stellen eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung dar. Insofern ist die Rechtfertigung der Regierung wohl eher vor dem Hintergrund der Integrationsdebatten in Österreich zu sehen, wo MuslimInnen als „integrationsunwillig“ fantasiert werden, während ChristInnen, ganz nach FPÖ-Sprech, eher „integrierbar“ seien. So unterstützte der FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer den

<sup>1</sup> Daten des UNHCR über Syrien:

<http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>

<sup>2</sup> UNHCR: „Europa muss mehr für syrische Asylsuchende tun“:

<http://www.unhcr.at/presse/pressemitteilungen/artikel/ecc8084b544a025b5d648b11fe810f1/unhcr-europa-muss-mehr-fuer-syrische-asylsuchende-tun-1.html?L=zhceavsd%2520>

<sup>3</sup> Siehe unter: <http://derstandard.at/1388650422809/Erst-ein-Drittel-der-500-Syrien-Fluechtlinge-im-Land>

■ Alicia Allgäuer hat Politikwissenschaft und Sozialarbeit studiert, arbeitet bei der Caritas Wien - Asyl und Integration Niederösterreich und ist Lehrbeauftragte an der FH Vorarlberg sowie Vorstandsmitglied von LeEZA.



□ Massengrab von Flüchtlingen aus Amudé, die 2012 beim Versuch in die EU zu flüchten, im Mittelmeer ertrunken sind

Vorstoß von Innenministerin Mikl-Leitner: Die Aufnahme von ChristInnen aus Syrien sei „keine Willkür“, es gehe dabei um die Frage, ob Österreich „kulturnahe Flüchtlinge“ bevorzuge. „Und die syrischen Christen sind nun einmal kulturnäher als syrische Muslime.“<sup>4</sup> Derart rassistische Aussagen über Muslime und eine solche Imagination „kultureller Nähe“ sind hierzulande offenbar gesellschaftsfähig. In Fragen der Asyl- und Integrationspolitik verstehen sich ÖVP und FPÖ jedenfalls blendend. Die Grünen, vereinzelte SPÖ-FunktionärInnen und zahlreiche NGOs kritisierten das Vorgehen der Regierung und dessen einseitiges Schutzverständnis indes heftig. Dass die neue/alte Regierung nun lange ausständige Reformen umsetzen wird, darf bezweifelt werden; im Regierungsprogramm<sup>5</sup> finden sich dazu unter dem Titel *Gesamtsteuerung Migration* u. a. die Forderung nach intensiverer Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern, nach dem „Ausbau des Instruments der freiwilligen Rückkehr“ sowie danach, Asylverfahren „rasch und qualitativ hochwertig weiter zu führen“ – die Einsicht, dass es bisher Mängel in der Qualität der Asylverfahren gab, fehlt weiterhin.

Flüchtlingsschutz und ein funktionierendes Asylwesen werden auch in der österreichischen Mainstream-Debatte immer weniger als Verpflichtung jedes Staates gesehen, der die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, als vielmehr als freiwilliger humanitärer Akt, manchen Menschen befristet oder unbefristet Schutz zu gewähren, während viele andere aufgrund der Dublin-II-Verordnung von einem „sicheren Drittstaat“ zum nächsten geschoben werden. Immerhin haben syrische Asylsuchende nach iranischen StaatsbürgerInnen die zweithöchste Anerkennungsquote in Österreich (73 %). Die Zahlen dazu geben aber wenig Anlass zu Jubel: Zwischen Jänner und Oktober 2013 wurden laut Angaben des BMI 1.345 Anträge von SyrerInnen gestellt, wovon 507 Personen Asyl und 239 Personen subsidiärer Schutz gewährt wurde;<sup>6</sup> zusammen mit den 500 „Frauen, Kindern und Christen“, die „von Amts wegen“ den Flüchtlingsstatus erhalten haben bzw. sollen, ist dies in Relation zur Gesamtzahl der syrischen Flüchtlinge eine verschwindend geringe Zahl für ein reiches Land wie Österreich – ein Land, das aus der Wirtschaftskrise Kapital schlagen konnte und laut Eurostat mittlerweile das zweitreichste EU-Land ist.

### Eurosur: Flüchtlingsabwehr statt Flüchtlingschutz

Zynisch war auch die Antwort der EU auf die jüngste Tragödie auf dem Mittelmeer, als Anfang Oktober 2013 über 380 Asylsuchende vor Lampedusa ertranken: Anstatt den Flüchtlingsschutz und die legalen Möglichkeiten der Einwanderung in die EU zu reformieren, werden weiterhin Millionen in den „Grenzschutz“ investiert. Das nun zusätzlich zur EU-Grenzüberwachungsagentur Frontex neu eingeführte

Instrumentarium heißt Eurosur (European Border Surveillance System). Dieses wurde in den Mittelmeerstaaten sowie in Osteuropa bereits in Betrieb genommen, weitere EU-Staaten sollen im Dezember 2014 folgen. Die EU-Länder teilen über das Kommunikationssystem in Zusammenarbeit mit Frontex Informationen über „verdächtige“ Bewegungen an den Außengrenzen und auf See. Vor allem der Luftraum über dem Mittelmeer soll mit Satelliten überwacht werden. Die Kosten dafür belaufen sich bisher auf etwa 250 Millionen Euro<sup>7</sup> – Geld, mit dem man wohl sämtliche Flüchtlinge aus Syrien versorgen könnte. Relativ unumwunden gibt die EU-Kommission zu, dass es ein Instrument sein soll, um „Kriminelle wie Menschenhändler und Drogenschmuggler“ ausfindig zu machen. Dass diese nur einen sehr geringen Prozentsatz jener Menschen darstellen, die die EU-Außengrenzen zu überschreiten versuchen, scheint hier sekundär zu sein. Als weiteres Argument für Eurosur wird angeführt, dass dieses in Seenot geratene Asylsuchende retten soll. Dafür sollen Boote aufgespürt werden, noch bevor sie überhaupt in See stechen. Die deutsche Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl kritisiert zu Recht, dass dabei nordafrikanische Staaten gezielt mit Eurosur-Informationen versorgt würden, um das Ablegen von Flüchtlingsbooten zu verhindern. Asylsuchende sollen Europa also am besten gar nie erreichen.

Auch syrische Flüchtlinge wurden in den letzten Monaten immer wieder vor der süditalienischen Küste aufgegriffen. Bislang konnten Hunderte Menschen gerade noch von der Küstenwache gerettet werden, aber die zögerliche Aufnahme von SyrernInnen in die EU wird wohl noch für weitere Bootskatastrophen verantwortlich sein.<sup>8</sup>

Anstatt Geld in den „Grenzschutz“ zu investieren, sollte also eher überlegt werden, wie Menschen vor der „Wahl“ bewahrt werden können, entweder im Mittelmeer zu ertrinken oder im Bürgerkrieg getötet zu werden. Für die Menschen in und aus Syrien erscheint unterdessen die Hoffnung auf ein baldiges demokratisches Syrien aussichtsreicher als jene auf eine Änderung der österreichischen bzw. EU-Asylpolitik.

<sup>4</sup> Siehe unter: <http://www.heute.at/news/politik/art23660,923818>

<sup>5</sup> Regierungsprogramm, S. 88, downloadbar unter: <http://derstandard.at/1385170935588/Das-Regierungsprogramm-2013-bis-2018>

<sup>6</sup> BMI: Asylstatistik Oktober 2013: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Asylwesen/statistik/files/2013/Asylstatistik\\_Oktober\\_2013.pdf](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2013/Asylstatistik_Oktober_2013.pdf)

<sup>7</sup> Dazu weiters Herbert Langthaler von der asylkoordination: „Für das EU-Budget (2014-2020) ist ein sogenannter ‚Fonds zur Inneren Sicherheit‘ (Internal Security Fund) geplant, der den bereits existierenden Außengrenzenfonds ersetzen soll. Dieser neue Fond soll laut einem Vorschlag der EU-Kommission jährlich 4,648 Mill. Euro beinhalten und seine Priorität auf die Finanzierung des EES (Entry-Exit-System), des RTP (Registered Traveller Programm) sowie die Einführung von EUROSUR legen.“ Unter: [http://asyl.at/fakten\\_1/asyl\\_2013\\_10.htm](http://asyl.at/fakten_1/asyl_2013_10.htm)

<sup>8</sup> Eine sehr empfehlenswerte Reportage von Andrea Roedig über eine syrische Familie, die auf Umwegen und nach langem Warten Asyl in Schweden bekam, erschien am 21.1.2014 in der Wiener Zeitung: „Ökonomie einer Flucht“, nachzulesen unter: [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/?em\\_cnt=601762](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/?em_cnt=601762)

• **International**

• **KRITISCHER JOURNALIST IN IRAKISCH-KURDISTAN ERSCHOSSEN** – Kawa Ahmad, der sich als Journalist auch Kawa Gemyani nannte, wurde am 5. Dezember 2013 vor dem Haus seiner Familie in der Stadt Kalar erschossen. Kawa Ahmad war Chefredakteur der Zeitschrift *Garan* und wurde erst kürzlich zum Chefredakteur des Magazins *Royal* ernannt. Beide Zeitschriften spielten in der Region Germiyan, einer der ärmsten Regionen Irakisch-Kurdistans, eine wichtige Rolle als Regionalmedien. Zusätzlich arbeitete Kawa Ahmad als Lokalredakteur der Zeitung *Awene*, welche in den letzten Jahren zu einem wichtigen Medium der kritischen Berichterstattung über die Kurdische Regionalregierung wurde, insbesondere aber über die grassierende Korruption unter FunktionärInnen der regierenden Parteien PUK und PDK. Diese 2006 vom ehemaligen Hawlati-Chefredakteur Asos Ahmed Hardi mitbegründete Zeitung kam immer wieder unter Druck der Behörden. Kawa Ahmad ist nicht der erste kritische Journalist, der in der kurdischen Region des Irak ermordet wurde. 2008 wurde in Kirkuk – das offiziell nicht Teil der Autonomieregion ist, aber von der Kurdischen Regionalregierung beansprucht und auch größtenteils verwaltet wird – Soran Mama-Hama nach Berichten über die Korruption bei Polizei und Behörden ermordet. 2010 wurde ein Student und Journalist einer Studentenzeitung nach kritischen Berichten über den Präsidenten der Kurdischen Regionalregierung Masoud Barzani entführt und ermordet. Beide Fälle wurden nie aufgeklärt. Im Dezember kam es deshalb in der kurdischen Region des Irak zu Großdemonstrationen gegen diese Morde. Am 14. Dezember protestierten auch in Wien kurdische KommunistInnen gegen die Ermordung kritischer JournalistInnen in der kurdischen Region des Irak. Mittlerweile wurden die vier mutmaßlichen Mörder verhaftet. Der hochrangige PUK-Politiker Mahmoud Sangawi soll angeklagt werden als Drahtzieher hinter dem Mord zu stehen.

• **HINRICHTUNGEN IN IRANISCH-KURDISTAN** – Im Iran kam es in den vergangenen Monaten wieder vermehrt zu Hinrichtungen kurdischer Gefangener. Am 26. Oktober wurden die Angehörigen der PKK-Schwesterpartei PJAK Habibullah Gulperipur und Ilham Mamedi hingerichtet. Am 4. November wurde der politische Gefangene Sherko Moarefi, ein Mitglied der linken kurdischen Oppositionspartei Komala, exekutiert. Insgesamt wurden im Iran zwischen dem 26. Oktober und dem 4. November 16 politische Gefangene, die meisten davon Kurden, hingerichtet. Der Iran gehört zu den Staaten mit der häufigsten Verhängung der Todesstrafe. Iranische Behörden hatten im Dezember von insgesamt 304 Hinrichtungen im Jahr 2013 gesprochen. Amnesty International weiß von 234 weiteren Hinrichtungen allein im Oktober dieses Jahres, die bislang nicht offiziell bestätigt wurden.

• **NORDKURDISTAN** – Nachdem der kurdische Abgeordnete Osman Ahmadi am 5. Jänner 2014 im iranischen Parlament die Schaffung einer neuen Provinz *Nord-Kurdistan* mit der Hauptstadt Mahabad vorgeschlagen hat, kommt es im Iran zu kontroversiellen Debatten über die Abspaltung der kurdischen Gebiete der Provinz West-Aserbeidschan.

• **SCHLÄGEREI UM „KURDISTAN“ IM TÜRKISCHEN PARLAMENT** – Mitglieder der prokurdischen BDP hatten am 10. Dezember im türkischen Parlament den Begriff „Kurdistan“ verwendet, woraufhin Abgeordnete der rechtsextremen MHP auf Abgeordnete der BDP losgingen und die Sitzung unterbrochen werden musste. Erst kurze Zeit zuvor hatte Premierminister Erdoğan von der AKP für Aufsehen gesorgt, als er selbst erstmals den Begriff „Kurdistan“ verwendete und auf Kritik daran mit dem Hinweis reagierte, dass selbst Atatürk diese Bezeichnung verwendet habe.

• **Österreich**

• **ERSTE KURDISCHE ABGEORDNETE IM ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRAT** – Mit der Tirolerin Berivan Aslan wurde bei den Nationalratswahlen 2013 erstmals eine österreichische Kurdin in den Nationalrat gewählt. Die in Telfs lebende Juristin kandidierte als Quereinsteigerin in Tirol am zweiten Listenplatz der Grünen. Im Grünen Parlamentsclub ist sie als Frauensprecherin auch für den KonsumentInnenschutz zuständig.

• **ERHÖHUNG DER EZA-GELDER IM NEUEN REGIERUNGSPROGRAMM** – Das neue Regierungsprogramm sieht eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds von fünf auf zwanzig Millionen Euro und eine Erhöhung der Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit auf die seit vielen Jahren angestrebten 0,7 % des Bruttonationaleinkommens vor. Ob diese Maßnahmen nur einmal mehr versprochen oder auch tatsächlich umgesetzt werden, wird die neue/alte Regierung aus SPÖ und ÖVP allerdings noch beweisen müssen.

**Rezensionen**

**Mohammed M. A. Ahmed/Michael Gunter (Hg.): The Kurdish Spring. Geopolitical Changes and the Kurds**  
(Mazda Publishers, Costa Mesa 2013)

In diesem Sammelband gehen unterschiedliche KurdologInnen den geopolitischen Veränderungen in Kurdistan und der Kurdischen Diaspora im Zuge des Arabischen Frühlings nach. Die meisten Beiträge behandeln die Frage, ob einem Arabischen auch ein Kurdischer Frühling folgt, so z. B. Ofra Bengio, David Romano, Joost Jongerden, Eva Savelsberg, Jordi Tejel u. a. ; LeEZA-Vorstandsmitglied Thomas Schmidinger etwa fragt nach den Spuren eines Kurdischen Frühlings in Österreich.

**Abdullah Öcalan: Die Roadmap für Verhandlungen**  
(Pahl-Rugenstein, Köln 2013)

Dieses Buch publiziert in deutscher Übersetzung ein Dokument des PKK-Chefs Abdullah Öcalan aus dem letztlich gescheiterten geheimen Dialogprozess zwischen dem türkischen Staat und der PKK, das er zwischen 2009 und 2011 als Positionspapier formulierte. Auch für den 2013 begonnenen Friedensprozess gibt dieses Buch wichtige Einblicke in die Positionen des prominentesten Häftlings der Türkei, der von AnhängerInnen immer noch als politischer Führer verehrt wird.

**Sonja Galler/Davut Yeşilmen: Osttürkei**  
(Trescher Verlag, Berlin 2013)

Diesem ungewöhnlichen Reiseführer gelingt es trotz seines Titels, auch dem kurdischen Erbe dieser Region gerecht zu werden. Erstmals werden in einem deutschsprachigen Reiseführer sämtliche geographischen Namen nicht nur auf Türkisch, sondern auch auf Kurdisch angegeben. Der Reiseführer schildert ausführlich die kulturelle und sprachliche Vielfalt im Osten und wird sicher vielen ein guter Reisebegleiter werden.

**Kurdish Studies**  
(Transnational Press London)

Im Herbst 2013 erschien die erste Nummer des neuen internationalen wissenschaftlichen Journals *Kurdish Studies*, das nach dem Niedergang des *International Journal for Kurdish Studies* endlich wieder eine internationale Plattform für Kurdische Studien zur Verfügung stellt. Unter der Chefredaktion von Martin van Bruinessen werden in Zukunft halbjährlich wissenschaftliche Beiträge zu allen Themenbereichen der Kurdologie publiziert.

FÜR EINE MENSCHLICHE  
FLÜCHTLINGSPOLITIK

LAMPEDUSA GEHT UNS ALLE AN!

LT-ABG. MARIA BUCHMAYR  
LANDESSPRECHERIN

OOE.GRUENE.AT

BFI WELS | Roseggerstraße 14

SOZIALBERUFE

### Fachsozialbetreuer/in Schwerpunkt Altenarbeit

**Informationsveranstaltungen:** 2013 WE WE 5567 07 – 15.01.2014, 14:00 Uhr  
(kostenlos, Anmeldung erforderlich) 2013 WE WE 5567 08 – 12.02.2014, 14:00 Uhr  
2013 WE WE 5567 09 – 12.03.2014, 18:00 Uhr  
**Auswahlverfahren:** 2013 WE WE 5809 07 – 04.02.2014 und 13.02.2014, 08:30 Uhr  
**Ausbildungsdauer:** 2013 WE WE 5779 02 – 31.03.2014 bis 30.03.2016  
(Ausbildungen zum FSB Altenarbeit werden vom Land OÖ finanziert.)

### Fachsozialbetreuer/in Schwerpunkt Behindertenbegleitung

**Informationsveranstaltungen:** 2013 WE WE 5521 07 – 15.01.2014, 14:00 Uhr  
(kostenlos, Anmeldung erforderlich) 2013 WE WE 5521 08 – 12.02.2014, 14:00 Uhr  
2013 WE WE 5521 09 – 12.03.2014, 18:00 Uhr  
**Auswahlverfahren:** 2013 WE WE 5861 10 – 4.02.2014 und 11.02.2014, 08:30 Uhr  
**Ausbildungsdauer:** 2013 WE WE 5828 01 – 10.02.2014 bis 09.02.2016  
(Ausbildungen zum FSB Behindertenbegleitung werden vom Land OÖ finanziert.)

### Fachsozialbetreuer/in Schwerpunkt Behindertenarbeit

**Ausbildungsdauer:** 2013 WE WE 5862 02 – 21.03.2014 bis 20.09.2014  
(freitags, ab 17:00 Uhr und samstags, ab 9:00 Uhr)  
Kursgebühr: € 1.010,00 / AK-Preis: € 808,00